

Westfälische Nachrichten

Jahrgang 2 / Nummer 28

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 77 der Militärregierung

Samstag, 12. April 1947

Es geht um die Grenzen in Ost und West

Marshall für Überprüfung der Ostgebiete — Molotow lehnt ab — Bidault will Westdeutschland verändern

Moskau, 10. April. (DPD) Eine Kommission zur Untersuchung der deutsch-polnischen Grenzfragen wurde am Mittwoch von dem amerikanischen Außenminister Marshall vorgeschlagen und bildete auch den Inhalt einer Aussprache, die weder zu einer Entscheidung, noch zu irgendeinem Ergebnis führte.

Die Kommission, der Vertreter der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, Polens und anderer Alliierten angehören müßten, soll auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers unter Leitung der Sonderbeauftragten für die Bearbeitung von Deutschland-Fragen stehen. Sie soll über die Aussiedlung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen in den fraglichen Gebieten Untersuchungen anstellen und darüber berichten. Eine weitere Aufgabe der Kommission soll es sein, die wirksame Ausnützung dieser Gebiete für die wirtschaftliche Erhaltung des polnischen, des deutschen Volkes und ganz Europas sicherzustellen.

Marshall sagte: „Ich denke, daß man das südliche Ostpreußen dem polnischen Gebiet angliedern läßt. Deutsch-Oberschlesien und seine Industriegebiete sollten ebenfalls polnisch werden. Aber es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, daß seine Kohlenfelder und seine anderen Hilfsquellen für die europäische Wirtschaft verfügbar gemacht werden.“

Marshall wies darauf hin, daß 65 000 Quadratkilometer ostdeutsches Gebiet bis zur Friedensregelung unter polnische Verwaltung gestellt worden seien und daß es nun darauf ankomme, eine endgültige Grenze zu ziehen, ohne unnötige und ungerechtfertigte wirtschaftliche Härten zu erzeugen. Die Einfuhr Deutschlands an Nahrungsmitteln umfasse nach seinen Ausführungen etwa ein Fünftel der Gesamtmenge an Lebensmitteln, die es verbrauche. Das unter vorläufiger polnischer Kontrolle gestellte Gebiet habe vor dem Kriege mehr als ein Fünftel des deutschen Lebensmittels bedarfe gedeckt.

„Wenn Deutschland in Zukunft zwei Fünftel oder mehr seines Lebensmittelsverbrauchs aus dem Ausland einführen muß, dann muß die deutsche Wirtschaft in noch größerem Ausmaß als in der Vorkriegszeit industrialisiert werden, oder Deutschland wird ein Elendszentrum inmitten Europas sein.“

Marshall erklärte sich mit Bidault einverstanden, der darauf hingewiesen hatte, daß eine Gefahr besteht, wenn man mehr als 66 Millionen Deutsche zwingt, im heutigen Deutschland zu leben.

Bidault zurückhaltend

Der französische Außenminister Bidault betonte in seiner Erklärung, daß bei der Bearbeitung der Deutschland-Fragen die Regelung der deutschen Grenzen nicht vor den anderen Sachgebietsen behandelt werden sei. Er wünsche sie als Gesamtproblem angefaßt zu sehen. Bidault wies darauf hin, daß im deutschen Parteikampf mit den Grenzfragen bereits Politik getrieben wird, land es aber schwierig, an den bestehenden Verhältnissen im Osten noch etwas zu ändern. Er betonte, daß Änderungen der West- und Südgrenzen Deutschlands keine neue Bevölkerungsbewegung auslösen dürfen.

Bévin einverstanden

Der britische Außenminister Bevin befürwortete die Vorschläge Marshalls unter der Bedingung, daß die vorgeschlagene Grenzkommision Vollmacht erhält, die deutschen Grenzprobleme als Ganzes zu behandeln. Wie der amerikanische Außenminister legte auch Bevin den Gedanken einer Revision der vorläufigen deutsch-polnischen Grenze nahe, damit Deutschland eine größere Ackerbaufläche erhält. Er bezog sich dabei besonders auf das Gebiet zwischen der Lausitzer und der Glatzer Neiße. Bevin warnte davor, daß Polen, das nach dem ersten Weltkrieg seine Grenzen zu weit nach Osten vorgeschoben hatte, nunmehr mit seinen Grenzansprüchen zu weit nach Westen gehe.

Molotow ist dagegen

Nach Ansicht des sowjetrussischen Außenministers Molotow sind die Außenminister durch die Abkommen von Jalta und Potsdam gebunden,

da diese endgültige Entscheidungen gewesen seien. Die Stelle des Potsdamer Abkommens, wonach die endgültige Entscheidung über die deutsche Grenzregelung der deutschen Friedenskonferenz vorbehalten ist, erklärte Molotow als rein formale Angelegenheit, die von Außenminister Marshall vorgeschlagene Grenzkommision hielte er zur Zeit nicht für notwendig.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß über die Auslegung des Potsdamer Abkommens Meinungsverschiedenheiten bestehen, die zunächst nicht überbrückt werden konnten.

Bis zum 1. Januar 1946 sind, so zitierte Molotow aus dem Bericht des Kontrollrates, 5 678 936 Deutsche offiziell ausgesiedelt worden. „All dies läuft auf den Beweis hinaus, daß der Potsdamer Konferenzbeschluss über die neue polnische Westgrenze von unseren Regierungen als endgültig betrachtet wurde“, betonte Molotow.

Polen protestiert

Warschau, 10. April. (DPD) Den Protest der polnischen Regierung gegen die von Außenminister Marshall gemachten Vorschläge über die Zukunft der ehemaligen deutschen Ostgebiete brachte am Donnerstag der polnische Außenminister Modzelewski in einer Pressekonferenz in Warschau zum Ausdruck. „Die polnische Regierung widersetzt sich energisch den am Mittwoch von General Marshall in Moskau gemachten Vorschlägen über die polnischen Westgebiete“, erklärte er einer Meldung der Agentur AFP zufolge. Diese Vorschläge würden nur das einzige Ergebnis haben, „den deutschen Appetit zu steigern“, Modzelewski kündete an, daß seine Regierung dagegen noch offiziell Protest erheben werde.

Bidault: Abtrennung von Rhein, Ruhr, Saar

Moskau, 10. April. (DPD-Reuter) Die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Abtrennung des Rheinlandes, des Ruhrgebietes und der Saar von Deutschland wurde am Donnerstag von dem französischen Außenminister Bidault auf der Moskauer Konferenz erhoben.

Zur Frage des Rheinlandes erklärte Bidault, daß dieses Gebiet ein wesentliches Element der europäischen Sicherheit bildet. Die dort stationierten internationalen Truppen könnten jederzeit gegen eine deutsche Angriffswelle eingesetzt werden. Frankreich fordert deshalb eine Regelung für das Rheinland, die eine dauernde Besetzung durch alliierte Streitkräfte und eine politische und wirtschaftliche Abtrennung vom übrigen Deutschland vorsehe. Der zu schaffende Rheinstaat oder die Rheinstaaten sollen vollständige Autonomie erhalten.

Für das Ruhrgebiet fordert Frankreich die Internationalisierung, die die Wirtschaftskräfte des Landes dem gemeinsamen Nutzen Europas zugänglich machen würde. Der Kohlenbergbau der Ruhr soll zur Höchstleistung entwickelt werden, die Produktionshöhe der eisenverarbeitenden und der chemischen Industrie jedoch begrenzt werden. Frankreich schlägt deshalb vor, das Eigentum an Bergwerken und Eisenhütten in alliierten Besitz zu überführen und die Leitung dieser Unternehmungen Vertretern der vier Besatzungsmächte sowie Belgiens, Hollands und Luxemburgs zu übertragen. Eine internationale Körperschaft soll die Verteilung von Kohle und Eisen vornehmen.

Die staatsrechtliche Stellung des Ruhrgebietes soll in den künftigen Friedensvertrag mit Deutschland aufgenommen und vom Sicherheitsrat überwacht werden. Das Ruhrgebiet soll von Deutschland getrennt werden, es sollen jedoch beim Warenaustausch keine Zölle erhoben werden.

Beim Saargebiet kommt es Frankreich vor allem darauf an, Kohlen zu erhalten. Hiermit verbunden ist der Wunsch nach Sicherheit, die durch die Verringerung des deutschen Kriegspotentials gewährleistet wird. Bidault behauptete, daß der französische Vorschlag mit den Wünschen der Bevölkerung übereinstimmt. Die Bewohner des Saargebietes sollen eine besondere Staatsangehörigkeit erhalten und ihr Land selbst verwalten. Frankreich wird die Außenpolitik und die Verteidigung des Gebietes übernehmen und durch einen hohen Kommissar vertreten sein, der die Wirtschafts- und Währungseinheit zu überwachen hat.

Bevin: Keine Zerstückelung

Nach dem französischen Außenminister nahm Bevin das Wort, der die britische Haltung noch einmal dahingehend formulierte, daß Großbritannien eine Zerstückelung Deutschlands nicht begünstigt. Zur Ruhrfrage sagte Bevin, daß solange kein besonderer Status für das Ruhrgebiet vorgesehen werden kann, wie die Aufteilung Deutschlands in Zonen fort dauert. Auch eine besondere Behandlung des Rheinlandes ist nach britischer Ansicht nicht erforderlich. In der Saargebiet unterstützte Großbritannien den französischen Standpunkt, wonach dieses Gebiet als ein Sonderfall behandelt werden soll. Auch die Grenzansprüche Belgiens

und Hollands sollen nach Bevin Vorschlag von den Außenministern wohlwollend erörtert werden.

Marshall mit Saarvorschlag einverstanden

Außenminister Marshall betonte, daß die aufgeworfenen Probleme auf einer gesamteuropäischen Basis gelöst werden müssen. Marshall unterstützte die Forderung Frankreichs nach politischer Abtrennung des Saargebietes von Deutschland und seiner Eingliederung in das französische Wirtschafts- und Finanzsystem. Die politische Autonomie des Gebietes und das Recht der Bevölkerung auf Selbstverwaltung müssen jedoch sorgsam geschützt werden.

Molotow will erst prüfen

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte abschließend, daß er den Darlegungen Bidaults und Bevin große Bedeutung beimißt und sie noch genauer prüfen will.

Teilnahme kleiner Staaten

Moskau, 10. April. (DPD-Reuter) Nach einer langen Debatte einigten sich die Außenminister-Stellvertreter für Deutschland am Mittwoch über die Beteiligung der kleinen Staaten an den vorbereitenden Tagungsabschnitten der Friedenskonferenz. Alle Staaten, die unmittelbar am dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, sollen in vollem Umfang gehört werden.

Bevin für Unterzeichnung durch deutsche Zentralregierung

Moskau, 11. April. (DPD) Während der Außenministerkonferenz am Freitag setzte sich Außenminister Bevin dafür ein, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von einer deutschen Zentralregierung unterzeichnet werden sollte, wie der sowjetische Rundfunk bekanntgab.

160 000 USA-Soldaten

Washington, 10. April. (DPD) General John I. McNarney, der frühere Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte in Europa, hatte im Weißen Haus mit Präsident Truman eine Unterredung über die allgemeine europäische Lage.

Die gegenwärtige Stärke der amerikanischen Besatzungstruppen in Europa gab McNarney mit 160 000 Mann an, von denen sich der größte Teil in Deutschland und Österreich befindet. Die Kräfte werden in absehbarer Zeit nicht verringert werden können.

Dänemarks König erkrankt

Kronprinz Friedrich Regent

Kopenhagen, 10. April. (DPD) Der Gesundheitszustand des 77jährigen Königs Christian hat sich nach letzten Berichten verschlechtert.

Kronprinz Friedrich von Dänemark wird für die Dauer der Krankheit seines Vaters als Regent die Leitung der Regierung übernehmen, wie es in einer offiziellen Bekanntmachung am Dienstagabend hieß.

Auswanderungsaussichten

Lake Success (Neuyork), 9. April. (DPD-Reuter) Ueber die Pläne südamerikanischer Staaten zur Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, vor allem von Italienern, Deutschen und Portugiesen sowie besonders ausgesuchten verschleppten Personen, berichtet eine am Dienstag veröffentlichte Übersichts der internationalen Arbeiterorganisation der UNO.

An der Spitze steht nach diesem Bericht Argentinien, das jährlich 50 000 Einwanderer, vor allem Arbeiter der Landwirtschaft und der Fischindustrie, Techniker und Facharbeiter, zulassen will.

In Brasilien wird nach den bestehenden Einwanderungsbestimmungen Technikern, Land- und Industriearbeitern Vorrang bei der Zulassung gegeben. In Chile werden besonders Arbeiter aus der Metall-, Nahrungs-, Textil-, Holz- und Fischbranche und Landarbeiter bevorzugt. 40 Prozent der 15 000 für dieses Jahr in Venezuela zugelassenen Einwanderer sollen Farmer sein, während in Mexiko 15 000 Familien ihre Zulassung als landwirtschaftliche Siedler erfordert haben.

Frühjahrsoffensive in Griechenland

Mit Artillerie, Jagdbombern und Fallschirmjägern gegen die Rebellen

Athen, 10. April. (DPD-Reuter) Die griechische Regierung hat am Mittwochmorgen ihre Frühjahrsoffensive gegen die Streitkräfte der Aufständischen in Thessalien und Westmazedonien eröffnet.

15 000 bis 20 000 griechische Soldaten sind in der großen Offensive gegen die Aufständischen eingesetzt, wie am Mittwochabend ein Sprecher des Hauptquartiers in Larissa bekanntgab. Nach dem ersten „Heeresbericht“ haben die Operationen, die am Mittwoch früh begannen, einen befriedigenden und planmäßigen Verlauf genommen. Das Ziel der Regierungstruppen ist, die etwa 10 000 bis 15 000 Aufständischen durch gleichzeitige Angriffe vom Norden und Süden in einen Kessel zu treiben und sie so zum Kampf zu zwingen. Unter Einsatz von motorisierten Truppen, Feldartillerie, Zerstörern, Minensuchern und anderen Marineeinheiten sowie von Jagd-

bombern, Transportflugzeugen und Fallschirmjägern führt die griechische Regierung diesen Schlag gegen die Rebellen.

Gegen sowjetische „Expansion“

Washington, 10. April. (DPD-Reuter) Als eine eindeutige Maßnahme gegen den sowjetischen Expansionsdrang bezeichnete am Donnerstag der demokratische USA-Senator Tom Connally die von Präsident Truman vorgeschlagene finanzielle Hilfe für Griechenland und die Türkei. Connally erklärte, die Welt solle wissen, daß Präsident Trumans Vorschlag sich unmittelbar gegen Rußland richtet. „Die Sowjetunion hofft durch ihr System, bei anderen Nationen schleichende Lähmung zu verbreiten, die Vorherrschaft in der Welt und die Kontrolle über Europa zu erlangen. Wir sollten in aller Klarheit feststellen, daß wir uns diesem Versuch, die Unabhängigkeit oder Unantastbarkeit freier Völker zu zerstören, widersetzen werden.“

Flugzeuge für die Türkei

London, 10. April. (DPD-Reuter) Hunderte britischer Jagdflugzeuge werden zur Zeit von Mannschaften der Royal Air Force von Großbritannien nach der Türkei überflogen, wie die britische Zeitung „Daily Graphic“ am Mittwoch berichtet. Die Flugzeuge gehören zu den 500 Maschinen, die die türkische Regierung vom britischen Versorgungsministerium gekauft hat.

Prozeß gegen KZ-Chefs beginnt

Nürnberg, 10. April. (DPD-Dena) In Nürnberg begann vor dem Militärgericht der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Oswald Pohl und 17 weitere Beamte des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes. Die Verhandlungen befassen sich mit dem Aufbau und der Organisation des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes. Unter anderem wurde ein Bericht Oswald Pohls an Himmler zitiert, worin Pohl das Bestehen von 15 Konzentrationslagern im Jahre 1942 mitteilte.

In der Donnerstagsverhandlung gegen die obersten KZ-Chefs schilderte der ehemalige Lagerarzt Dr. Karl Kahr als erster Zeuge der Anklage dem internationalen Militärgerichtshof die Zustände im KZ Nordhausen.

In einem Befehl, der aus Berlin gekommen sei, habe gestanden, daß alle Häftlinge bei Annäherung der Alliierten in die Stollen der unterirdischen Rüstungsbetriebe getrieben und dort vergast oder in die Luft gesprengt werden sollten.

Schacht vor der Spruchkammer

Stuttgart, 10. April. (DPD) Die Einreichung des früheren Reichsbankpräsidenten und Reichsministers Schacht in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragte der öffentliche Ankläger in dem Spruchkammerverfahren gegen den früheren Minister, das am Mittwochmorgen in Stuttgart begann.



Jüdische Extremisten unternahmen einen Sabotageakt auf die Tankanlagen der Shell-Kompanie in Haifa-Bucht in Palästina, der einen außerordentlich großen Schaden verursachte. Tausende von britischen Soldaten und Seelenten wurden zur Bekämpfung der Feuerbrunst eingesetzt. 10 von 17 Öltanks wurden vernichtet. — Nach einer Reutersmeldung aus dem UNO-Hauptquartier haben 14 Länder ihre Zustimmung erklärt, daß eine Sonder-sitzung der UNO-Vollversammlung zum Palästina-Problem stattfinden soll. Die Sonder-sitzung der Vereinten Nationen wird voraussichtlich in der ersten Maiwoche stattfinden.

Zufuhren an Getreide und Kartoffeln

Aus Mais sollen Nährmittel werden — Schlechte Aussichten für Fleisch und Fett — Katastrophale Forstwirtschaft

Die Grenzen

Mit der Debatte über die zukünftigen deutschen Grenzen ist die Konferenz der Außenminister mit einem Schlag in den Mittelpunkt einer allgemeinen Aufmerksamkeit und Anteilnahme des gesamten deutschen Volkes gerückt. Während die Moskauer Diskussion über Wirtschaftseinheit, Industriepotential, künftige Verfassung und Organisation Deutschlands in einer auf das Ausland vielfach befremdend wirkenden Weise es kaum vermochte, die Massen aus der Lethargie des Hungers und der primitiven Lebensnot aufzurütteln, bildet die Frage der Grenzen und die unterschiedliche Stellungnahme der einzelnen Mächte dazu ein Thema, das nicht nur in der Presse und im Rundfunk aufmerksam verfolgt wird, sondern auch das Gesprächsthema des Mannes auf der Straße, ja sogar „der Schlangen“ vor den Lebensmitteläden bildet.

Warum ist das so und warum muß das so sein? Erhebt etwa hier ein wieder erwachter Nationalismus das Haupt, der sich dagegen auflehnt, daß aus einem Großdeutschland ein Kleinstdeutschland werden soll? Es wäre nicht nur völlig irrig, sondern auch verhängnisvoll, wenn man im Ausland solche Schlüsse aus der deutschen Reaktion auf die Moskauer Debatte zöge oder sie zu unterstellen versuchte. Es ist vielmehr das Zeichen, eines im Grunde gesund gebliebenen Instinktes, eines auch unter dem Druck der Gegenwart intakten, gebliebenen Wissens darum, daß es in dieser Angelegenheit für uns um Letztes und Entscheidendes geht, von dessen Ausgang Leben und Tod für diese und zukünftige Generationen unseres Volkes abhängen.

In der Tat, jeder einzelne Deutsche kann den Argumenten, die in Moskau von Marshall und Bevin gegen die Verewigung der Oder-Neiße-Grenze vorgebracht wurden, von seinem Gesichtspunkte und aus der Realität seines Daseins nicht minder wichtige und bedeutsame hinzufügen. Außenminister Marshall hat gesagt, daß aus den deutschen Ostprovinzen vor dem Kriege ein Fünftel des deutschen Lebensmittelsbedarfes gedeckt wurde, und daß also eine Erhöhung der deutschen Industriekapazität weit über den Friedensstand erforderlich sein würde, um dem deutschen Volke die unbedingt notwendig werdende Einfuhr zu ermöglichen, wenn man ihm die Ostprovinzen nehme. Die Millionen vertriebener Landwirte und Landarbeiter aus dem Osten, die jetzt im Rumpfdeutschland vegetieren müssen, aber fragen: Wo sollen wir bleiben und wie sollen wir leben, da in der westlichen Landwirtschaft kein Arbeitsplatz für eine produktive Tätigkeit für uns mehr zur Verfügung steht.

Minister Bevin hat gesagt, Deutschland müsse zu einem Herd des Elends und der Fäulnis inmitten Europas werden, wenn man dem deutschen Volke nicht einen erträglichen Lebensstandard ermögliche. Wieder fragen Millionen deutscher Ostvertriebener, die in ihrer Heimat als Fach- und Qualitätsarbeiter, als Angehörige freier und selbständiger Berufe durch Fleiß und Tüchtigkeit sich ein auskömmliches Dasein geschaffen hatten: „Wer zeigt uns ein Licht, einen Wegweiser, aus der Hoffnungslosigkeit unserer Lage in eine bessere Zukunft?“ „Wie sollen wir die Möglichkeit einer Verbesserung oder auch nur einer wirksamen Aenderung unseres unvertändlichen und unverschuldeten Elends jemals erblicken, wenn uns nützliche Arbeit und Aufsperrung für nicht absehbare Zeit versperrt sind?“

Molotow hat von einem „grausamen Experiment“ gesprochen, das man nicht wiederholen könne. Gewiß war die Vertreibung aus der Heimat ein „grausames Experiment“, und die eventuelle Notwendigkeit für die polnischen Siedler, die von ihrer Regierung inzwischen nach Pommern und Schlesien geholt wurden, die ihnen geschenkten neuen Siedlungsstätten wieder aufzugeben, wäre gewiß schmerzhaft. Aber sie bedeutet doch nur wenig gegenüber der unerhörten Grausamkeit des Experimentes, Millionen von Menschen mit den Werten der Heimat und der Tradition zugleich auch aller Möglichkeiten einer Zukunft für immer zu berauben.

Von polnischer Seite wird geltend gemacht, daß Polen ein unveräußerliches Recht habe, endlich das „Land der Wiege“ seines Volkes wieder zu besitzen. Nun, die Wiegen der Vertriebenen und die über Väter standen seit 800—1000 Jahren in der Tat auf schlesischem und pommerschen Boden, auf den Höfen, in den Dörfern und Städten dieses Landes. Indessen meinen wir, sollten Argumente aus so weiter geschichtlicher Vergangenheit heutzutage nicht mehr gelten und nicht mehr angeführt werden. Schließlich haben ja auch einmal an der Stelle, wo jetzt New York und Washington sich ausbreiten, die Wigwams von Indianerstämmen gestanden, und dort wo jetzt Kapstadt und Pretoria liegen, tummelten sich einmal die Viehherden der eingewanderten Negerstämme, — und das ist doch nicht einmal so viele hundert Jahre her.

Aber wie gesagt, auf Argumente dieser und ähnlicher Art sollte von allen Seiten verzichtet werden. Denn wir wollen ja alle diesmal den endgültigen und dauernden Frieden. Wenn dieser Krieg und dieser Sieg ebenso wie in der durch die Methode der Auflegung eines Zwangsriedens seinen Abschluß findet, so muß ein solcher Frieden auch zwangsläufig wieder so zu Ende gehen, wie es in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist. Der Geist eines dauernden Friedens und eines ihn tragenden Vertragswerkes war in Wilsons 14 Punkten erstmals in moderner Zeit in seinem Wesen erfaßt worden. Er konnte sich in Versailles und später im Völkerbund nicht durchsetzen. Die Atlantische Charta gibt die Umrisse eines neuen Friedentyps zum zweitenmal. Wird es diesmal gelingen, den dauernden Frieden zu gestalten und zu halten? Alle Völker hoffen es und wollen es notwendig aber ist dann, daß die Regierungen an den Anfang dieses Friedens nicht Rache und Unrecht, sondern Versöhnung und Recht setzen.

Düsseldorf, 11. April. (Eigenbericht) In einer Pressekonferenz gab Minister Lübke einen Bericht zum augenblicklichen Stand der Ernährungslage, der einen, zum Teil wenigstens, optimistischeren Ausblick gestattet, als es bisher der Fall war. Im einzelnen geben wir folgenden Überblick über die Erklärungen von Minister Lübke:

Getreide

Das geplante Getreideeinfuhrprogramm von der Küste nach Nordrhein-Westfalen wurde in der Zeit vom 21. März bis heute, mit Ausnahme eines einzigen Tages, mit durchschnittlich 6000 Tonnen pro Tag eingehalten. Die Einfuhr ist damit etwas höher als der Verbrauch, so daß zur Zeit die Versorgung für eine Woche gesichert ist. Die weitere Versorgungssicherung hängt von den künftigen einlaufenden Schiffstransporten ab. Sorge macht die Tatsache, daß das Einfuhrprogramm für April zu niedrig ist; mit 90 000 Tonnen sind etwa 2/3 des tatsächlichen Bedarfs zu decken. Rücksprachen des Ernährungsministers mit Vertretern der Militärregierung und Staatsminister Hynd haben aber ergeben, daß „das uns bekannte Programm nicht vollständig ist, wir hätten noch weitere Einfuhren zu erwarten“, wie Minister Lübke mitteilte. Das Aufbringen aus der eigenen Ernte sei geschätzt worden auf 480 000 Tonnen, tatsächlich abgeliefert seien 430 000 Tonnen. Die Fehlmengen spielen hinsichtlich der Versorgungssicherung keine bedeutende Rolle, maßgeblich sei ausschließlich die Einfuhr.

Nährmittel

Augenblicklich bestehe die Einfuhr fast nur aus Mais. Da es an Brotgetreide mangelte, sei es notwendig gewesen, Mais zur Brotverstellung zu verwenden, anstatt ihn für die Herstellung von Nahrungsmitteln zu verwenden. Man hoffe, daß aber jetzt zu kommen, da auch größere Getreidemengen vorhanden seien. Wenn blüht in der 100. Periode nicht mehr Nährmittel ausgegeben worden seien, sei das nicht aus Mangel an Rohware geschehen, sondern

wegen der nicht möglichen Verarbeitung des Mais zu Nährmitteln.

Kartoffeln

Bis zur neuen Ernte werden etwa 290 000 Tonnen Kartoffeln benötigt. Zur Zeit sind Transporte aus Niedersachsen im Gange, auch aus anderen Ländern sollen Kartoffeln beschafft werden. Es liegen bereits Anmeldungen vor aus Holland und der Tschechoslowakei. Darüber hinaus kommen aus Amerika 100 000 Tonnen, die ausschließlich für Nordrhein-Westfalen bestimmt sind.

Fleischversorgung und Holzschlag

Aus der 99. Periode ist Bayern allein noch nach den Erklärungen von Minister Lübke mit rund 2000 Tonnen Fleischlieferungen im Rückstand. Alle Rückstände aus der Zeit vor der 99. Periode sind vom Zweizonenamt gestrichen worden. Wenn alle Rückstände beliefert worden wären, hätten, wie der Minister betonte, daraus die Fleischansprüche befriedigt werden können. Der Minister nahm sodann zu dem Vorwurf der Militärregierung Stellung, daß die Fleischkalamität so groß sei, weil die deutschen Stellen das Schlachtviehprogramm nicht durchgeführt hätten, das im Herbst bekanntgegeben worden sei, und erklärte, daß er dieses Programm für undurchführbar halte. Bisher sei der Rindviehbestand auf 87 Prozent gegenüber dem Friedensstand, der Schweinebestand sogar auf 50 Prozent vermindert worden. Die in Deutschland gewohnten hohen Ackererträge könnten aber nur gehalten werden, wenn eine entsprechend große Viehwirtschaft vorhanden sei.

Minister Lübke sagte, er habe bei der Militärregierung und auch Staatsminister Hynd

gegenüber betont, daß durch eine so starke Viehverminderung im Verein mit den gewaltigen Kahlschlägen in der Forstwirtschaft eine so einschneidende Verengung unseres Landes eintrete, daß es in kürzester Zeit das holz- und viehärmste Land sein werde. Staatsminister Hynd hat dem Minister erwidert, daß die Notlage hinsichtlich des Holzes in der Welt und besonders in England katastrophal sei und daß England seinen Waldbestand bereits in weitestem Umfang geopfert habe. Wenn Deutschland zu können glaube, so werde dafür in England wenig Verständnis zu finden sein. Wenn allerdings die Kohlenproduktion ansteige und etwa Kohlen nach den nördlichen Ländern ausgeführt werden könnten, werde er versuchen, aus diesen Ländern die Holzeinfuhr nach England zu erhöhen und Deutschland dadurch zu entlasten. Minister Lübke betonte, daß, wenn der Kahlschlag im jetzigen Umfang weitergehe, es in fünf Jahren in Deutschland kein schlagbares Holz mehr geben werde und in zehn Jahren der deutsche Holzbestand überhaupt vernichtet sei. Die allein für 1947 angeordneten Kahlschläge betrugen das Siebenfache des normalen Holzschlages!

Fett

Nach den Mitteilungen des Ministers können wir von 5000 Tonnen Fett, die benötigt werden, etwa 1500 Tonnen aus eigener Erzeugung aufbringen. Der Rest komme aus anderen Ländern bzw. aus Vorratslagern, die dem Zweizonenamt unterstehen.

Sozialisierung ist Staatskapitalismus und Wirtschaftsdiktatur des Staates! Wir wollen kein neues Bonzenatum, sondern Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer! Wählt CDU!

Gegen Kapitalismus und Marxismus

Sechs grundlegende Anträge der CDU im Landtag Nordrhein-Westfalen

In der Reihe ihrer Veröffentlichungen der CDU-Anträge im Landtag bringen die „Westfälischen Nachrichten“ hiermit den 3. und 4. Antrag, in denen die Auffassung der Christlich-DEMokratischen Union über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer am Betrieb und über die Lenkung der Wirtschaft Neugestaltung ganz aus der Erkenntnis der heutigen Notlage entstanden sind und fern jeder überkommenen, veralteten marxistischen und kapitalistischen Theorie stehen, hat den CDU-Anträgen eine begeisterte Zustimmung in der Öffentlichkeit eingebracht.

III. Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber u. Arbeitnehmer im Betrieb

In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsräten, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechts, insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen.

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährleistet werden. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsangehörigen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.

Von der Betriebsrat gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen betreffen. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und der Betriebsrat ist in diesen Besprechungen zuzuziehen. Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitneh-

mern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung. (Siehe Antrag 3 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.)

IV. Planung und Lenkung der Wirtschaft

Wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfang notwendig sein; es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt wird, oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird. Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfang notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.

Diese Planungs- und Lenkungsmaßnahmen sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden. Ob diese Wirtschaftskammern identisch sein werden mit den Industrie- und Handelskammern, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Wichtig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung des Unternehmens gleichberechtigt teilnehmen. In ihren letzten Entscheidungen unterliegen auch die Selbstverwaltungskörperschaften der parlamentarischen Kontrolle. (Siehe Antrag 4 der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.)

Kriegsgefangene und Völkerrecht

Düsseldorf, 10. April. (Eigenbericht). Auf eine Anfrage erklärte Innenminister Menzel auf einer Pressekonferenz, daß die Freilassung von Kriegsgefangenen an sich den Abschluß eines Friedensvertrages voraussetze, den wir aber noch nicht hätten. Es sei aber nach dem Gutachten der Bonner Universität ein normaler Friedensvertrag nicht erforderlich, wenn die eingetretene Waffenruhe mit Bestimmtheit dazu führen werde, daß keine neuen Kampfhandlungen entstehen. Nach allen völkerrechtlichen Bestimmungen seien die Voraussetzungen für eine weitere Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen nicht gegeben. Er sei der Auffassung, daß spätestens seit Herbst 1945, zumindest aber seit Anfang 1946 die völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Freilassung der Kriegsgefangenen vorliegen.

Beschlagnahme von Wohnungen

Auf eine Anfrage bezüglich der Beschlagnahme von Wohnungen für Besatzungsangestellte erklärte Innenminister Menzel, daß völkerrechtlich eine Beschlagnahme nur möglich sei für die aktiv kämpfende Truppe und den notwendigerweise auftretenden militärischen Beamtenapparat. Wenn eine Besatzung auf mehrere Jahrzehnte vorgesehen sei, sei völkerrechtlich der Grundsatz vertretbar, daß Wohnraum für die Familienangehörigen freigegeben werden müsse.

100 000 Wohnungen notwendig

Düsseldorf, 10. April. (DPD) 100 000 Wohnungen sind nach Angaben des Wiederaufbauministeriums notwendig, um sämtlichen Flüchtlingen des Landes Nordrhein-Westfalen für den nächsten Winter winterfeste Unterkünfte zu verschaffen. Die ersten Baustoff-Zuteilungen für die dazu erforderlichen Wiederaufbauarbeiten sollen in der kommenden Woche ausgegeben werden. Die Arbeiten für dieses Programm hängen jedoch von den Kohlenzufuhren ab, die der Baustoffindustrie für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Geringe Zementproduktion

Düsseldorf, 10. April. (DPD) Die Zementproduktion der britischen Zone belief sich im Jahre 1946 auf insgesamt 1,33 Millionen Tonnen, wie von unterrichteter deutscher Seite verlautet. Demgegenüber betrug die Leistungsfähigkeit der im verflossenen Jahr in Betrieb gewesenen Werke 4,4 Millionen Tonnen. Das unzurei-

chende Produktionsergebnis wird auf die mangelhafte Versorgung der Zementindustrie mit Betriebs- und Hilfsstoffen zurückgeführt. Vor allem fehlt es an der nötigen Kohle, außerdem werden bei der Kohlenzuteilung nicht immer die geeigneten Sorten geliefert.

Die Höhe der Zementherstellung des Jahres 1947 ist zur Zeit noch völlig ungewiß. Die Schwierigkeiten der Kohlenbezugs haben im ersten Vierteljahr 1947 eine nennenswerte Produktion verhindert.

Hamburg. — Deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien, die im Arbeitsinsatz stehen, können ausreichend zu essen, wird auf neue in einer Entscheidung festgestellt, die 123 deutsche Kriegsgefangene des Lagers Kiskak an das deutsche Rote Kreuz gerichtet haben. Die Kriegsgefangenen wünschen keine Lebensmittellieferungen aus Deutschland, weil die von ihnen empfangenen Rationen größer und besser sind als die in Deutschland.

Hamburg. — Dollar-Gutscheine von ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen können jetzt eingelöst werden, wie am Donnerstag von amtlicher britischer Seite mitgeteilt wird. (DPD).

Hamburg. — Dr. Treite und Carmen Mory, die beide im Hamburger Ravensbrück-Prozess zum Tode verurteilt worden waren, haben Selbstmord verübt, wie von amtlicher britischer Seite mitgeteilt wird. (DPD).

Bad Meinberg. — Mit einer Produktionssteigerung der Fahrradindustrie für den Inlandsbedarf ist im laufenden Jahr wegen der Materialknappheit noch nicht zu rechnen, wurde auf einer Tagung der Fahrradindustriellen der britischen und amerikanischen Besatzungszone bekanntgemacht.

Nürnberg. — Den Wunsch auf Vereinigung von SPD und KPD sprachen die beiden Vorsitzenden der SED, Pieck und Grotewohl, auf einer Pressekonferenz am Dienstagnachmittag in Nürnberg aus. (DPD-Dena).

München. — Der Antrag, als „politisch verfolgt“ registriert zu werden, wurde Hitler-Löb-NSDAP, Ernst Hanfstaengl, genannt „Putzi“, von dem bayerischen Flüchtlingskommissar abgelehnt. Entnazifizierungsanträge durch die Spandauer direktor Benkert einen Vertrag von einer russischen Behörde erhalten. (DPD).

London. — Große Gewinne bei den englischen Gemeindevahlen nehmen sowohl die Labour-Partei wie auch die Konservativen nach den bisherigen vorliegenden Wahlergebnissen für sich in Anspruch. (DPD-Reuter).

Präsidentenwahl. — Der amerikanische Präsidentenwahlkampf hat sich in die entscheidende Phase eingeleitet. Die Wahl zwischen dem republikanischen Kandidaten Dwight D. Eisenhower und dem demokratischen Kandidaten Adlai Stevenson wird am 5. November stattfinden. Die Wahlkampfstrategien beider Parteien sind sehr unterschiedlich. Eisenhower will sich als konservativer Mann darstellen, während Stevenson sich als progressiver Mann darstellen will. Die Wahlkampfstrategien beider Parteien sind sehr unterschiedlich. Eisenhower will sich als konservativer Mann darstellen, während Stevenson sich als progressiver Mann darstellen will.

Preis der einzelnen Ausgabe 20 Pf.

Renntanz. D. Borken händigt die mern 701—1330 Mittw übrigen Empfänger dem 28. April, vormi

Ernennungen. Na wurde Amtsbürgermei Kreiskämmerer, Ber Direktor der Kreis

Hacke und Schauffe Aprilsack, es ging In der Woche vor nach der langen Müti erzwang, die Räumun hacke wuchtet wieder Heimaliehe nicht w Frühlingssonne besch mer.

Die Stadt wächst. den im Monat März u neuen noch sieben Kriestodesfälle kam meldet. Die Zahl der März auf 1502.

Weidenkätzchen un rauste und gerupfte heimatischen Vögeln weide mehr. Damit der unser altvertrau erliegen droht, sind unter Naturschutz ge auf und auf die Sohl

Die das Licht schen stahlen Diebe 10—15 Miete, an der Raack Oberkreisdirektor Dr. Schmalz und andere L aus einer Bäckerei a Rodonken, 10 Weie

— Eine Gärtnerei mu ten Sämlingen und ungenierte Fle einem Stalle ein Kan

Der Kampf

Demonstrationen fa nicht statt. Die Kund schäften um Brot an traugigen und beäng Umzüge veranlaßt ha Heimat vorlagen. So Abordnungen aus d einzelnen Orten des

und bei den Vertretern auffuhr vor kurz bestehend aus einer Bochoht (nämlich den Ernährungsdezernent

Überkreisdirektor Dr. Borken, zum Hauptm der Rortierungsstellen in baunvorsteher Leb zutun, was der Kreis leisten bzw. nicht me

den überlegenden die diesen Verhandlungen Kreis Borken zusam ernährungsamt Unna Zu f u r k r e i s v o l l in Zukunft aus den Bannennlande aus Bren versorgt werden.

CDU-Versammlungen

In Lieder n. Schu Stadtrat Wenking, Mü In Werth bei te Stadtrat Wenking, Mü In Holtwick be

Landrat Renzel, B In Bielefeld h o r s ner: Landrat Renzel In Velen bei Fra

Chefredakteur Heinz In Ramsdorf be ner: Chefredakteur

Bork

Ungeachtet der Oster hier aus einem Stalle Einem andern Einwohn

stehlen.

M

Auf Rindviehjad. den ein Rind aus angründeten Backst

— Ein anderes E abgezweigt. — Sch Stelle 21 Einkochgläser Kilo Schmalz, Zucker, Keller entwendet.

W

Opterspiel für

Adler-Wescke stell den VIL Rhode in der Der Ertrag des flotten versöhnten zu. Die Ge versessenen Snielwer schauer nicht enttäusch 3:3. Vorher spielten die TuS Borken, worüber wird.

Der V

Eigentlich wäre id Uebung, noch zu jun „mitung“, durfte auch wir die ersten waren v der beiderseitigen Gro Res Familienfest werd

Schon der Samstag wandelt. Nicht nur, d Krach zwischen uns Dinge schon als hóc werden mußte, wir re mit dem Vornamen t Ludwig zueinander, u einer geheimen Scheu mieden und durch ein ersetzt hatten. Noch m tag blieb auch frei v Krauftraudrücken, w nicht wissen, mit Fl sein mochten, und Fri gar, nach seiner Ge spucken, da auch das Sünde, wenn auch ein werden mochte. Ja, se stimmung war so gro fast nur hochdeutsch Suche nach den rechle legenheit brachte.

Gegen Abend kamen Himmelsrichtungen, es sehen, Begrüßen und wimmel in Stuben und nur zu gut im Mittelp Dinge wußten, da wir sache und ihr Ziel wa an uns halten, damit von uns Besitz nähm guter Letzt noch auf s strickten.

Ehe wir uns versahen da, mit der herrlich festlichem Glockengelä same, e'n wen g gerüh als wir von der Mutle zenz Tanten zu dem

Gocholt

Zu den erschreckenden Ergebnissen der Atomphysik gehört die Erkenntnis, daß die Festigkeit der Materie nur eine Illusion ist, die auf der gegenseitigen Anziehung beruht, nur eine Fäusung der Wahrnehmung sich bei dem schnellwüchsigsten Gefühl, das diese Behauptung in uns auslöst, unwillkürlich in schmerzlichen Eindrücke vor den Graphiken Alfred K. Müllers überträgt. Demnach sind die Blätter seiner Blätter die Häuser und Bäume am Dorfe, der fernen Bergung des Böhmerwalds, die Mutter mit dem Kinde auf den Rücken und der Rehler, der sich im Morgenlicht seinen Fisch aus dem Strome holt, nicht auch die gewohnte Festigkeit der Dinge? Erscheinen sie dem ersten Blicke der ausgerechneten Auges nicht zuzugewogen wie Röntgenbilder der Häuser und Bäume, des Böhmerwaldes, der Mutter mit dem Kinde und des Rehlers im Morgenlicht?

Mag der am 10. April 1877 im böhmischen Leitzmerre geborene, einseitiglich auf seinem Hofe aufwachsende, dem Inn schaffende Kubin auch auf der Nachgeburt der Leitzmerre, dem Reich der bösen Mütterbenachbart, wie Hans Carossa

Der Künstler kann das Getriebe des Tages sehen, Tag und Nacht in Durchföhlung mit der Zeit blicken und doch wenig erfahren von den tieferen Kräften, aus denen sie ihre entscheidenden Kräfte ziehen. Er kann leben in einem Werke, das ohne seine Beziehung zu den Ereignissen der Zeit nicht, tiefer Aufschlüsse über Verhältnisse und Geschehnisse hinterlassen, als Urkunden und Geschichtsbücher sie zu bieten haben. Alfred Hübner gehört zu diesen Magiern der Einsamkeit in letzten Wäldern.

A. Henze.

